Übersicht

Hilden

Der Bürgermeister
Hilden, den 27.11.2025
AZ.:

WP 25-30 SV 01/029

Mitteilungsvorlage

Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Rates der Stadt Hilden, Stand Dezember 2025

Für eigene Aufzeichnungen: Abstimmungsergebnis			
	JA	NEIN	ENTH.
CDU			
SPD			
AfD			
Grüne			
FDP			
Linke			
BA | Piraten			

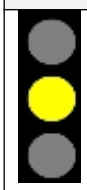
öffentlich

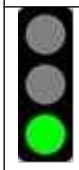
Finanzielle Auswirkungen	☐ ja	☒ nein	☐ noch nicht zu übersehen
Organisatorische Auswirkungen	☐ ja	☒ nein	☐ noch nicht zu übersehen

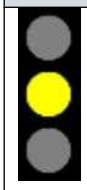
Beratungsfolge:

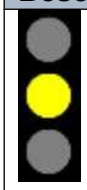
Rat der Stadt Hilden	16.12.2025	Kenntnisnahme

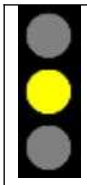
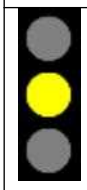
Beschlussvorschlag:
Der Rat der Stadt Hilden nimmt den nachfolgenden Sachstand zur Beschlusskontrolle seines eigenen Gremiums zur Kenntnis:

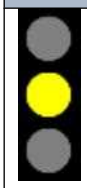
	Sitzungsvorlage	Beschluss/ Auftrag	Umsetzungsstand
	WP 20-25 SV 61/023 Antrag der SPD-Fraktion vom 28.01.2021: Bau und Betrieb eines Wohngebäudes für Menschen mit Behinderungen am 10.03.2021	Folgender Antrag wurde einstimmig beschlossen: Der Rat der Stadt Hilden beauftragt die städtische Wohnungsbaugesellschaft Hilden mbH, auf der voraussichtlich 877 m² großen Teilfläche auf dem Grundstück der ehemaligen Theodor-Heuss-Schule, eine anbieterverantwortete Wohngemeinschaft für Menschen mit Behinderung zu errichten.	**Stand Dezember 2025:** Die Umsetzung des Beschlusses befindet sich weiterhin auf einem strukturierten Weg. Das Bauleitplanverfahren (Bebauungsplan Nr. 59A) schreitet voran und befindet sich aktuell in der Ausarbeitung des Bebauungsplan-Vorentwurfs. Der Bebauungsplan wird in enger Zusammenarbeit mit einem Investor gemäß § 4b BauGB erstellt und legt die wesentlichen Rahmenbedingungen – unter anderem für das im Antrag thematisierte Wohngebäude – fest. Sobald das Bauleitplanverfahren abgeschlossen ist, kann im nächsten Schritt gezielt ein geeigneter Betreiber für das geplante Wohngebäude für Menschen mit Behinderungen gewonnen werden. Im Jahr 2024 lag der Schwerpunkt erfolgreich auf der Dimensionierung des Regenwasserrückhaltebeckens (RRB), das maßgeblich Einfluss auf die verfügbaren Wohnbauflächen hat. Diese grundlegenden Arbeiten sind abgeschlossen. Derzeit wird der Bebauungsplan-Vorentwurf des finalisiert. In diesem Zuge wurde auch die Lage der Tiefgaragenzufahrt optimiert, um sowohl die Nutzbarkeit des geplanten WGH-Grundstücks zu verbessern als auch mögliche verkehrliche Konflikte im Bereich der Furtwänglerstraße zu vermeiden. Parallel dazu wurde der Kaufvertrag vor dem Hintergrund der geänderten TG-Zufahrt und der erforderlichen Flächen für das RRB zwischen Stadt und Investor weiter konkretisiert. Aktuelle

			Gespräche hierzu fanden noch im November 2025 statt. Als nächster Meilenstein steht die Vorbereitung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange an. Dieser Schritt war ursprünglich für das 3./4. Quartal 2025 vorgesehen. Da einzelne Gutachten und externe Planungsleistungen zum Bebauungsplan derzeit noch bearbeitet werden, wird die Beteiligung leider erst voraussichtlich im 1./2. Quartal 2026 erfolgen können. Die dafür erforderlichen Vorbereitungen laufen bereits. Auf Grundlage des Bebauungsplan-Entwurfes und der Ergebnisse aus dem Beteiligungsverfahren kann die WGH anschließend die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Vermietung definieren. Darauf aufbauend wird die Stadtverwaltung bzw. WGH dem Ratsauftrag nachkommen und im Rahmen eines offenen Auswahlverfahrens einen geeigneten Träger für den Betrieb einer anbieterverantworteten Wohngemeinschaft für Menschen mit Behinderungen und weiterem Unterstützungsbedarf gewinnen.
	20-25 SV 01/075 Antrag der CDU-Fraktion vom 30.03.2022: Erarbeitung einer endgültigen digitalen Gremienarbeit für alle zukünftigen Ratsperioden	Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept zu entwickeln, das auch Aussagen zur digitalen Infrastruktur und Bezuschussung zu digitalen Endgeräten trifft. Das Konzept soll im Hauptausschuss zur weiteren Diskussion vorgelegt werden.	**Stand Dezember 2025:** Das Konzept zur endgültigen digitalen Gremienarbeit wurde in der Ratssitzung am 09.07.2025 beschlossen. Mit Beginn der neuen Wahlperiode hat es jedoch keine wesentlichen Änderungen in der praktischen Umsetzung gegeben. Zu Beginn der Wahlperiode wurden alle Ratsmitglieder und sachkundigen Bürger*innen angeschrieben und darauf hingewiesen, dass ein separater Antrag gestellt werden muss, wenn weiterhin Unterlagen in

			Papierform gewünscht werden. Es ist festzustellen, dass nach wie vor Personen die Bereitstellung von Unterlagen in Papierform wünschen. Aktuell erhalten: • **7 Ratsmitglieder** die Unterlagen weiterhin in Papierform (davon wünschen **4 Personen** zusätzlich die Zustellung der Einladungen per Kurier), • **8 sachkundige Bürger*innen**, die ebenfalls weiterhin Unterlagen in Papierform erhalten möchten. Daher ist zum jetzigen Zeitpunkt weiterhin eine parallele Arbeitsweise notwendig, indem die Unterlagen sowohl digital als auch in Papierform bereitgestellt werden.
Beschlusskontrollen aus der Sitzung des Rates vom 13.12.2022			
	WP 20-25 SV 51/180 Antrag SPD vom 22.08.2022 "Menstruationsartikel an weiterführenden Schulen"	Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, wie die kostenlose Ausgabe von Menstruationsartikeln an allen weiterführenden Schulen unterschiedlicher Schulform und Trägerschaft in Hilden zeitnah realisiert werden kann. Denkbar ist die Anschaffung hygienischer und vandalismussicherer Spender für Damenbinden und Tampons, die eine kontrollierte Ausgabe ermöglichen. Eine Darstellung der zu erwartenden Kosten sowie Stellungnahmen aller weiterführenden Schulen sind dem Konzept beizufügen. Eine Testphase an ausgewählten Schulen ist durchzuführen.	**Stand Dezember 2025:** Trotz erheblicher Bedenken aus dem Bereich Schule wurde an der MCS im ersten Halbjahr des Schuljahres 2024/2025 eine Testphase mit Automaten durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass die bereitgestellten Hygieneartikel teilweise zweckentfremdet wurden und ungenutzt in den Toiletten sowie auf dem Außengelände der Schule zurückblieben. Die Verwaltung wird das Projekt im Rahmen der verfügbaren Personalkapazitäten weiterhin begleiten und um die Erweiterung der Testphase an anderen Schulen werben. Zusagen von anderen Schulleitungen sind aktuell leider noch nicht verfolgt.

Beschlusskontrollen aus der Sitzung des Rates vom 26.06.2024			
	WP 20-25 SV 26/061 Erweiterung des Bürgertreffs Lortzingstraße um zwei Kita-Gruppen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2024 - Antrag des Jugendamtselternbeirats vom 13.03.2024	Um den aktuellen Notstand bei der Versorgung mit Kitaplätzen kurzfristig zu lindern, soll der Bürgertreff an der Lortzingstraße durch eine zweigruppige Erweiterung der dort bereits bestehenden Kita ausgebaut werden.	**Stand Dezember 2025:** Nach Erteilung der Baugenehmigung am 04.06.2025 folgt nun der eigentliche Ausbau zur Kita, anschließend die Umbauten in den Bestandsräumen der Kita Traumquelle und der Durchbruch zum „Neubau“. Neben diesen Maßnahmen wird auch das Dach des ehemaligen Hallenbadgebäudes saniert und für die Errichtung einer Photovoltaikanlage vorbereitet. Um die Gruppen mit mehr Tageslicht zu belichten, werden in das Dach zusätzliche Lichtkuppeln eingebaut. Die ersten Gewerke in der Bauausführung wurden beauftragt. Da sich der beauftragte Generalplaner mit seinen Leistungen in Verzug befindet, hat das Amt für Gebäudewirtschaft in Abstimmung mit dem Rechtsamt nach mehreren Mahnungen nun für Teilplanungsleistungen Ersatzvornahmen zur Terminsicherung getätigt. Trotz dieser Ersatzvornahmen besteht durch den entstandenen Verzug bei den Planungsleistungen das Risiko, dass die Baumaßnahme nicht zu Beginn der KiTa-Jahres 2026/2027 fertiggestellt werden kann.
Beschlusskontrollen aus der Sitzung des Rates vom 17.12.2024			

	WP 20-25 SV 26/069 263-24 Antrag der Fraktion Bündnis´90/DIE GRÜNEN vom 11.06.2024: Aufschaltung der Brandmeldeanlage für das Archiv	Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Brandmeldeanlage im städtischen Archiv mit der Feuerwehr zu verbinden, um ein unverzügliches Eingreifen im Brandfall zu garantieren.	**Stand Dezember 2025:** Nach derzeitigem Planungsstand ist die Erneuerung der kompletten Brandmeldetechnik erforderlich, damit eine Aufschaltung auf die Feuerwehr realisiert werden kann. Die Umsetzung erfolgt in 2026. Mit der aktuell vorhandenen Technik wird im Alarmfall ein Sicherheitsdienst informiert, der die nächsten Schritte zur Alarmierung der Feuerwehr einleitet.
	WP 20-25 SV 01/197 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen v.10.09.2024; Infokampagne Klimaneutrale Stadt	Beteiligung an der kreisweiten Website des Kreises Mettmann	**Stand Dezember 2025:** Die kreisweite Klimaschutz-Website des Kreises Mettmann ist strukturell bereits weit fortgeschritten. Das endgültige Design wird aktuell mit der neuen Landrätin abgestimmt. Im Anschluss erfolgt die technische Umsetzung durch die Kreis-IT. Nach Angaben des Kreises kann die Fertigstellung in den kommenden Monaten erwartet werden. Die Städte wurden zu folgenden zentralen Elementen der zukünftigen Plattform informiert: • Jede Kommune erhält eine eigene Unterseite mit frei gestaltbaren Inhalten. • Der Zugang zu diesen Stadtseiten erfolgt nutzerfreundlich über eine interaktive Karte auf der Startseite sowie über das Menü. • Die Startseite wird einen kreisweiten Newsfeed, einen gemeinsamen Veranstaltungskalender und eine Übersicht aller Förderprogramme von Kreis und Städten enthalten. • Die Stadt Hilden bringt sich weiterhin aktiv in das Projekt ein. In bisherigen Beteiligungsformaten wurden gemeinsam mit dem Kreis und den übrigen Kommunen Inhalte, Layoutgrundlagen sowie

			organisatorische Fragen wie Kalenderpflege, Zugriffsrechte und Kartenfunktionen abgestimmt.
Beschlusskontrollen aus der Sitzung des Rates vom 09.07.2025			
	WP 20-25 SV 80/037 Antrag der SPD vom 16.05.2025: Inklusion auf der Ausbildungs- und Studienbörse	Der Änderungsantrag der CDU wurde i.d. Sitzung des Rates am 09.07.2025 mehrheitlich angenommen: Die CDU Hilden beantragt, bei der Durchführung der Ausbildungsbörse eine „Stille Stunde“ einzurichten. Vorzugsweise am Anfang der Ausbildungsbörse.	**Stand Dezember 2025:** Das Konzept der Stillen Stunde für die nächste Ausbildungs- und Studienbörse am 9. Mai 2026 wird derzeit erarbeitet

Erläuterungen und Begründungen:

Der Rat der Stadt Hilden erhält von der Verwaltung halbjährlich einen Sachstandsbericht über die Umsetzung politisch initiierter Beschlüsse.

Erfasst werden alle abschließend im Rat gefassten Beschlüsse, die einen Handlungsauftrag an die Verwaltung enthalten und

- ➔ auf Grund von Anträgen der Fraktionen gefasst wurden oder
- ➔ auf Initiative des Gremiums ergänzt oder geändert wurden.

Gemäß Beschluss des Rates vom 14.09.2022 ist zusätzlich über die Umsetzung beschlossener Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW im Rahmen der Beschlusskontrolle zu berichten.

gez.
Dr. Claus Pommer
Bürgermeister

Klimarelevanz:
Die Beschlusskontrolle hat keine Klimarelevanz.